Medienmitteilung

2. November 2026

Zentralschweizer Kantone setzen auf gemeinsame Messung der Luftqualität

Wie viel Feinstaub, Ozon und Russ enthält die Luft in meiner Region? Die tagesaktuelle Antwort liefern die Zentralschweizer Kantone dank einem gemeinsamen Messnetz auf der Website von in-luft. An ihrer Sitzung vom Freitag in Luzern hat sich die Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (ZBPUK) dafür ausgesprochen, die Luftqualität weiterhin gemeinsam zu überwachen. Zudem hat sie sich zu den neuen Mustervorschriften im Energiebereich ausgetauscht.

Die Zentralschweizer Kantone wollen die Luftqualität auch künftig gemeinsam überwachen: An ihrer Sitzung von Freitag, 30. Oktober 2026, haben die Mitglieder der Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (ZBPUK) in Luzern dem Basisleistungsauftrag in-luft für die Jahre 2028 bis 2031 zugestimmt. Dank Messungen an zehn Standorten in der Zentralschweiz kann die Bevölkerung auf der Website jederzeit aktuelle Messwerte, etwa von Feinstaub, Ozon, Stickstoffdioxid und Russ, abrufen.

Gemeinsames Zentralschweizer Messnetz seit 1999

Mit der Luftreinhalte-Verordnung verpflichtet der Bund die Kantone, den Stand und die Entwicklung der Luftverunreinigung auf ihrem Gebiet zu überwachen. Die Zentralschweizer Kantone erfüllen diese Aufgabe aus Effizienz- und Kostengründen seit dem Jahr 1999 mit einem gemeinsamen Messnetz.

Seit 2004 betreibt die Firma inNET Monitoring AG für die Zentralschweiz das Messnetz in-luft. Die Leistungen, welche inNET zu erbringen hat, werden in einem Basisleistungsauftrag festgelegt. Da der aktuelle Leistungsauftrag Ende 2027 ausläuft, hat die ZBPUK dem Entwurf eines neuen Leistungsauftrags für die Periode 2028 bis 2031 zugestimmt. Genehmigt wird der Leistungsauftrag durch die einzelnen Kantone. Die Leistungen, welche zu erbringen sind, haben sich gegenüber den Vorjahren nur geringfügig geändert. Weil die Effizienz im Messnetz gestiegen ist, liegen die Kosten rund 3 Prozent tiefer als bisher. Insgesamt bezahlen die Kantone pro Jahr knapp 1,1 Millionen Franken für die Messungen, die Verarbeitung der Messdaten und ihre Publikation.

Kantone setzen Energie-Mustervorschriften unabhängig um

Die ZBPUK hat an ihrer Sitzung zudem eine Standortbestimmung zu den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn) 2025 in der Zentralschweiz vorgenommen. Die Mustervorschriften wurden von den Schweizer Kantonen gemeinsam erarbeitet. Sie dienen als Empfehlungen für die Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele im Gebäudebereich und streben unter Beachtung der kantonalen Eigenheiten eine möglichst weitgehende Harmonisierung der Energiegesetzgebungen an. Auch sollen sie den Energievollzug vereinfachen. Die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) hat die MuKEn, welche

die bundesrechtlichen Vorgaben berücksichtigen und dem Stand der Technik entsprechen, Mitte 2025 verabschiedet. Ziel ist eine Umsetzung bis 2030.

Die Mustervorschriften treten mit deren Übernahme ins kantonale Energiegesetz in Kraft. Die ZPBUK hat an ihrer Sitzung festgestellt, dass die Ausgangslage in jedem Zentralschweizer Kanton unterschiedlich ist, weshalb eine gleichzeitige Einführung der MuKEn 2025 unrealistisch ist. Die Kantone wollen jedoch Synergien nutzen und von den Erfahrungen und vom Wissen jener Kantone profitieren, welche erste Module der MuKEn 2025 bereits umgesetzt haben. Sie tauschen sich deshalb regelmässig aus. Auch ist ihr Ziel, die Abläufe und Prozesse zu harmonisieren. Dies erleichtert die Bauplanung und die Bewilligungsverfahren für Bauherren und Fachleute, die in mehreren Kantonen tätig sind.

Weitere Auskünfte:

Regierungsrat Joe Christen, Präsident der ZBPUK und Nidwaldner Landwirtschafts- und Umweltdirektor, Tel: 041 618 40 00 (erreichbar Montag, 2. November 2026, 10 bis 11 Uhr).

Konferenzen stärken die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

Die **Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz** (ZBPUK) ist eine der sieben Direktorenkonferenzen der **Zentralschweizer Regierungskonferenz** (ZRK). Die ZBPUK trifft sich in der Regel zweimal pro Jahr. Präsident ist der Nidwaldner Landwirtschafts- und Umweltdirektor Joe Christen. Für die operativen Geschäfte sind die Fachstellen zuständig, darunter die Konferenz der Zentralschweizer Umweltfachstellen (Umwelt Zentralschweiz), die Konferenz Kantonaler Energiefachstellen – Regionalkonferenz Zentralschweiz (EnFK Zentralschweiz) und die Aufsichtskommission Vierwaldstättersee (AKV).

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz ist ein 1966 gegründeter Zusammenschluss der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug. Zürich, Aargau und Tessin sind assoziierte Mitglieder der als Plattform für die interkantonale Zusammenarbeit gegründeten Konferenz. Sie soll jene Bereiche, die für die Attraktivität der Zentralschweiz als Lebens- und Wirtschaftsraum wichtig sind, stärken und die Interessen der Zentralschweiz gegenüber dem Bund und den anderen Regionen vertreten.